66. Jahrgang. № 124. Dienstag, 14. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Lobeck's Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Geschäftsstelle und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 37 mm breite Zeile 5 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Schriftl. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Einzelnummer 70 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Kommanditgesellschaft
12 Schreibergasse 12
Fernsprecher: 14026, 14034, 14038
Fernsprecher: Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Bergmanns Zahnpasta
Rosodont
seit 70 Jahren bewährt
Ueberall erhältlich

Neue Rücktrittsabsichten Lloyd Georges?

Die Folgen der Ablehnung Amerikas.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 13. März. Der Korrespondent des „Matin" in London telegraphiert, daß es sehr wahrscheinlich sei, daß Lloyd George nach seiner Rückkehr aus Criccieth demissionieren werde. Schon vor seiner Reise nach dort soll er seinen Freunden seine Absicht mitgeteilt haben, die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz zu Genua genau abwägen zu wollen. Die Ablehnung Amerikas, an dieser Konferenz teilzunehmen, habe Lloyd George tief berührt und den Gerüchten neue Nahrung gegeben, daß der englische Ministerpräsident einen Mißerfolg der Konferenz dadurch zu vermeiden suchen werde, daß er noch vor dem 18. April demissionieren werde.

London, 13. März. Der „Observer" tritt erneut dafür ein, daß die Konferenz von Genua noch um einen oder mehrere Monate verschoben werde und daß vorher in England Neuwahlen stattfänden. Lloyd George müsse nach allem, was inzwischen geschehen sei, nach Genua gehen mit dem klaren Vertrauen, die Nation hinter sich zu haben, oder aber überhaupt nicht. (W. T. B.)

Chamberlain über die Genuakonferenz.

Lenin als russischer Vertreter. — Festhalten am Genua-Termin.

London, 13. März. Chamberlain erklärte im Unterhaus: Die Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß **die russische Kommission auf der Genueser Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinoff und elf anderen Personen bestehen werde.** Das Parlamentsmitglied Wedgwood stellte die Anfrage, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, die die italienische Regierung angehe. Auf weitere Anfragen erklärte Chamberlain, **die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, werde zu keiner Aenderung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die Zusammenkunft sei auf den 10. April festgesetzt.** Das Parlamentsmitglied Kennworthy fragte, ob die amerikanische Regierung es abgelehnt habe, an der Konferenz teilzunehmen, weil die russische Regierung vertreten sei. Chamberlain erwiderte, er wolle die Auslegung der Erklärung der amerikanischen Regierung selbst überlassen. Er teilte ferner auf eine Anfrage mit, daß die Anerkennung Konstantins als König von Griechenland keinesfalls eine der Fragen sei, die in Genua angeschnitten werden würden. Auf eine Anfrage, ob

die Aburteilung der deutschen Kriegsbeschuldigten

unter den Fragen sei, die in Genua zur Behandlung kommen würden, erwiderte Chamberlain „Nein". Er bemerkte weiter, daß Lord Curzon morgen im Oberhause zu den letzten Aeußerungen des ehemaligen Staatssekretärs für Indien, Montague, Stellung nehmen werde.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Chamberlain, auf der bevorstehenden

Orientkonferenz der drei Außenminister

in Paris wolle man, wenn möglich, zu einem Uebereinkommen zwischen den drei Großmächten Frankreich, Italien und Großbritannien bezüglich der Mittel gelangen, durch die die Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei so bald als möglich beendet werden könnten und ein neuer Vertrag mit der Türkei abgeschlossen werden könne. Eine solche Lösung werde sicher nicht erleichtert und würde vielleicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn die vorgeschlagenen Bedingungen in ihrem Anfangsstadium in den Parlamenten der drei Länder erörtert würden. Wenn die Versuche der Regierungen, Frieden herbeizuführen, erfolgreich sein sollten, wird die britische Regierung die Parlamente auf dem Laufenden halten. Chamberlain fügte hinzu, diese Antwort berühre nicht das Versprechen, daß, bevor der englisch-französische Pakt abgeschlossen oder ratifiziert werde, er im Unterhaus erörtert werden sollte. (W. T. B.)

Amerikas Einspruch in Paris.

Die Untrennbarkeit von Abrüstung und Wiederaufbau.

London, 13. März. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, wurde von zuständiger amerikanischer Seite in London erklärt, daß die Anweisung der amerikanischen Regierung an ihren Pariser Vertreter Bonden angesehen werden könne als eine Ergänzung zur Weigerung Amerikas, an der Genueser Konferenz teilzunehmen. Die Weigerung gründe sich einerseits auf die Einwände gegen irgendwelche vorzeitigen offiziellen Beziehungen zum bolschewistischen Rußland, jedoch noch mehr gegen den Anschluß der Reparationsfrage, sowie der Fragen, welche die Abrüstung zu Lande betreffen, vom Programm der Konferenz. Diese seien nach Ansicht der Vereinigten Staaten vom Wiederaufbau nicht zu trennen. Die amerikanische Regierung habe es anscheinend für ratsam gehalten, ihren sehr bestimmten Ansichten in diesen Fragen einen positiveren Ausdruck zu geben. (wtb.)

Wiederholung der Finanzministerkonferenz.

Paris, 13. März. Wie das Pariser Kablogramm mitteilt, sei vorgesehen, daß die interalliierte Finanzkommission in etwa drei Wochen eine neue Zusammenkunft in Paris abhalten werde, bei der sie sich voraussichtlich vor neuen Schwierigkeiten befinden würde. Bis dahin könnten zwei wichtige Ereignisse eingetreten sein:

1. Könnte die amerikanische Regierung ihren Wunsch zu erkennen geben, effektiv die Frage an der Teilnahme an der Aufteilung der deutschen Zahlungen geregelt zu sehen.
2. Werde vielleicht die feierliche Erklärung Deutschlands vorliegen, daß es bis auf neue Orders seine Zahlungen einstelle.

Loucheur über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt.

Paris, 13. März. Loucheur antwortete auf eine Rundfrage des „L'Homme libre" über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt: Es wäre gefährlich, wenn man es den einzelnen Ländern überlasse, auf eigene Faust ihren Wiederaufbau durchzuführen. England könnte auf die Dauer die bei ihm vorherrschende Arbeitslosigkeit nicht ertragen und ebensowenig könnte Deutschland noch längere Zeit dem Sturz der Mark standhalten. Die Behauptung von einem betrügerischen Bankrott Deutschlands sei eine Legende. Deutschland sei keineswegs ein blühendes Land, auch wenn es keine Arbeitslosigkeit habe. Sein wirtschaftliches Wohlergehen sei nur ein Scheinwohlergehen. Wenn man die Lage Deutschlands nicht bald bessere, werde es gleich Oesterreich einem Ruin verfallen, der für Frankreich kein Glück bedeuten würde.

Das gefährdete Abkommen der Finanzminister.

Die erste Vorkonferenz für die internationale Wirtschaftstagung von Genua hat mit einer unerwarteten Ueberraschung geendet. Unmittelbar vor der Unterzeichnung eines gemeinsamen Programms der alliierten Finanzminister über wichtige Teilfragen des Reparationsproblems erhob sich Roland Bonden, der amerikanische Beobachter auf dieser Konferenz, und übergab den erstaunten Ministern eine Note seiner Regierung, in der die Erstattung der Kosten für die rheinischen Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten gefordert wird. Der Eindruck, den dieser Schritt bei den Konferenzteilnehmern erweckte, muß geradezu lähmend gewesen sein. Sie glaubten am erfolgreichen Ende schwieriger Auseinandersetzungen zu stehen, hatten in einem der ersten Punkte ihres Abkommens die heikle Frage des Unterhalts der Besatzungsarmeen natürlich unter Ausschaltung Amerikas einer leidlich befriedigenden Lösung zugeführt und mußten nun wahrnehmen, wie die übergangenen Ansprüche des unbequemen amerikanischen Klienten gerade noch in zwölfter Stunde erhoben und damit die bereits unter Dach und Fach geglaubten Vereinbarungen erschüttert wurden. Man hätte erwarten dürfen, daß nach diesem unvorhergesehenen, aber entscheidenden Zwischenfall das Beratungsprogramm noch einmal aufgerollt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Die überraschten Finanzminister haben ihr Abkommen nur durch einen Zusatz ergänzt, in dem die Berechtigung der amerikanischen Forderung prinzipiell anerkannt wird, ohne daß daraus gleichzeitig die notwendigen praktischen Folgerungen gezogen wurden. Das ist eine offenkundige Verlegenheitslösung, die Amerikas Zustimmung kaum finden dürfte, und die auch nicht im entferntesten über die unklare Situation hinwegtäuschen kann, die nach dem fragwürdigen Ausgang der Pariser Finanzministerbesprechungen hinsichtlich des Reparationsproblems immer noch vorhanden ist. Fest steht, daß die Vereinigten Staaten nicht nur eine vage Anerkenntnis ihrer Forderungen verlangen, sondern daß sie einen Teil davon unverzüglich in barer Münze beglichen sehen wollen. Das an Bonden gerichtete Schreiben nennt hierfür 241 Millionen Dollars, die als Kosten für die amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland bis zum 1. April 1921 aufgelaufen sind. Dazu treten die laufenden Besatzungskosten, deren Höhe zahlenmäßig noch nicht feststeht; auch für sie wird Amerika zu gegebener Gelegenheit vollen Ersatz verlangen, wenn es sich einstweilen schon damit begnügen sollte, diese Restforderungen als eine „unantastbare Schuld" zu erklären und von ihrer sofortigen Begleichung Abstand zu nehmen. Dringender Bedarf an Barmitteln besteht ja für Amerika am allerwenigsten. Darum geht man auch nicht fehl, wenn man der von Bonden übermittelten Forderung eine überwiegend politische Bedeutung beimißt.

Die Vereinigten Staaten sind es müde, vom Obersten Rat und den übrigen alliierten Organen beiseite gesetzt und übergangen zu werden. Sie wollen die Führerstelle, die ihnen kraft ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit in der Welt zukommt und die sie sich ferner durch ihren ausschlaggebenden Eingriff in den Weltkrieg verdient zu haben meinen, wirklich einnehmen. Herrschte schon angesichts der geringen Abrüstungsbereitschaft Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz erhebliche Mißstimmung in amerikanischen Regierungskreisen, fühlte man sich dort mit Recht als hintergangener Gläubiger, dessen vorgestreckte Summen zu mißbräuchlichen Zwecken verwandt wurden, so steigerte sich diese Unzufriedenheit mit dem Gebaren der alliierten Hauptmächte, als diese, ohne Amerikas Rat einzuholen, die Weltsanierungskonferenz von Genua vereinbarten. Hardings Absage war Zeugnis dafür. Ein weiterer, empfindlicher Ausdruck der amerikanischen Verstimmung ist die Forderung nach Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungskosten. Um diesen Fingerzeig werden Poincaré und Lloyd George nicht herum können. Wie sie sich anders als durch Nachgiebigkeit diesmal aus der Schlinge ziehen könnten, ist nicht ersichtlich. Denn Amerika hat ein gewaltiges Druckmittel jedem widerspenstigen europäischen Alliierten gegenüber, mit dem es nur andeutungsweise hervorzutreten braucht, um die Durchsetzung seines Willens zu erzwingen. Dieses Mittel besteht in der europäischen Verschuldung an die Vereinigten Staaten. Fordert Harding auch nur die augenblickliche Verzinsung der an England und Frankreich geliehenen Milliarden, dann ist die englisch-französische Finanz- und Wiederaufbaupolitik aufs schwerste erschüttert und jede freie Gestaltung ihrer allgemeinpolitischen Pläne unmöglich.

Man wird also in London und Paris dem amerikanischen Wunsche auf Erstattung der Besatzungskosten mit saurer Miene willfahren müssen. Das bedingt aber an erster Stelle eine grundlegende Umgestaltung der von den Finanzministern getroffenen Vereinbarungen, und zwar nicht nur in dem Punkte des Unterhalts der Besatzungsarmeen. Denn es ist ja nicht damit getan, daß man zu

Der Reichswirtschaftsrat gegen die Zwangsanleihe.

Keine bestimmten deutschen Vorschläge für Genua.

Berlin, 13. März. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Punkte Finanzfragen der Tagesordnung der Genueser Konferenz und kam zu dem Schluß, daß es angesichts der ganzen Weltlage für Deutschland unmöglich sei, bestimmte Vorschläge für die einzelnen Fragen zu machen und den deutschen Unterhändlern in Genua daher neben allgemeinen Richtlinien hauptsächlich die genügenden statistischen Unterlagen zur Beantwortung aller Fragen, welche die Lage Deutschlands betreffen, mitzugeben seien.

Bei Behandlung der Zwangsanleihe wurde mit 12 gegen 4 Stimmen der Arbeitgeber und eines Vertreters der freien Berufe ein Antrag Hilferding angenommen, nach dem der finanzpolitische Ausschuß die Emission einer Zwangsanleihe wirtschaftlich für äußerst bedenklich hält. Die oberste Forderung der Finanzpolitik, nämlich die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt bleibe unerfüllt. Die Inflation mit ihren verhängnisvollen Folgen dauere fort. Zugleich verderbe die Zwangsanleihe auf längere Zeit den Anleihemarkt und schädige den Kredit Deutschlands im Auslande. **Der Ausschuß bedauere, daß nicht andere Arten, einen Kredit aufzubringen, versucht worden seien, wie zum Beispiel die Auflegung einer freiwilligen Goldwertbestände-Anleihe, deren in Gold zu berechnenden Zins- und Amortisationsbeträge dem Besitze aufzuerlegen wären. (W. T. B.)**

Die letzten Streitpunkte über Oberschlesien.

Genf, 13. März. In den Unterausschüssen 11 und 12 wurde volle Einigung zwischen den deutschen und polnischen Abordnungen erzielt. Zu den Streitfällen, die damit erledigt sind und keines Schiedsgerichtes mehr bedürfen, gehört auch die Frage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die bekanntlich Gegenstand besonders eingehender Verhandlungen war. Die Meinungsverschiedenheiten lagen vor allem in dem Fortbestehen des Zusammenhanges zwischen den Gewerkschaften im abgetretenen Gebiete und ihren Zentralen. Diese Frage ist nun, wie man hört, in Verbindung mit anderen Problemen des Arbeitsrechtes in einer für beide Teile annehmbaren Form gelöst worden, die die wesentlichsten Lebensinteressen der Arbeiter im polnisch werdenden Teil Oberschlesiens wahrt.

Genf, 13. März. Nach einer Meldung des Völkerbundssekretariats bestehen noch folgende offene Streitfragen: 1. Die Liquidation des deutschen Besitzes und der deutschen Interessen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens; 2. die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen über die Anwendung des Art. 256 des Versailler Vertrages auf den polnischen Teil Oberschlesiens (Uebergang des Besitzes des preußischen Staates und des Reiches an Polen). Diese Kategorien von Fragen, sowie gewisse Meinungsverschiedenheiten, die sich gegebenenfalls noch ergeben können, sind durch den Präsidenten entweder durch Vermittlung oder Schiedsspruch zu lösen. Die Besprechungen über alle diese Fragen sind noch im Gange, so daß jederzeit die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Bevollmächtigten besteht, die ein Eingreifen des Präsidenten überflüssig machen würde. (WTB.)

SLUB
Wir führen Wissen.